

Wahlbeteiligung in Deutschland: Die soziale und räumliche Kluft wächst

Armin Schäfer, Wissenschaftler am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Köln

Manuskript, 5. Oktober 2009

Bei der Bundestagswahl 2009 war die Wahlbeteiligung mit 70,8 Prozent niedriger als jemals zuvor. Damit setzt sich ein seit den 1980er-Jahren anhaltender Trend fort: Immer weniger Menschen wählen – dies galt bislang vor allem für Kommunal-, Landtags- und Europawahlen, doch nun auch für die Bundestagswahl. Dieser Rückgang schadet der Demokratie, weil Wahlen die am wenigsten sozial verzerrte Form politischer Teilhabe sind und weil eine niedrige immer eine sozial ungleiche Wahlbeteiligung ist. Galt der Nichtwähler lange Zeit als „unbekanntes Wesen“ (Falter/Schumann), hat die politikwissenschaftliche Forschung inzwischen Faktoren identifiziert, die zur Nichtwahl führen. Insbesondere Distanz zur Politik kennzeichnet die Nichtwähler: Sie schätzen ihren politischen Einfluss und ihre politische Kompetenz als gering ein; sie glauben nicht, dass sich Parteien und Politiker um ihre Belange kümmern; sie identifizieren sich mit keiner Partei und interessieren sich weniger für Politik als dies Wähler tun. Fragt man nun, auf wen diese Merkmale zutreffen, sind dies überproportional Menschen mit geringer Bildung und geringem Einkommen.

Der soziale Hintergrund der Wahlenthaltung

Mehr als 18 Millionen Wahlberechtigte blieben bei der Bundestagswahl 2009 der Wahlurne fern. Im Vergleich zu 2005 wählten über vier Millionen Menschen weniger. Dieser Rückgang lässt sich nur teilweise dadurch erklären, dass unzufriedene SPD-Anhänger zu Hause blieben, denn auch die CDU verlor deutlich an die Nichtwähler. Die Analyse der Wählerwanderung von *Infratest dimap* zeigt, dass alle im Bundestag vertretenen Parteien an die Nichtwähler verloren haben. Aus der niedrigen Wahlbeteiligung spricht eine in der Bevölkerung weit verbreitete Distanz zur Politik, die jedoch in unterschiedlichem Grad zur Nichtwahl führt. In der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) wird seit 1980 regelmäßig nach der Wahlabsicht gefragt. Die Befragten äußern, ob und welche Partei sie wählen würden, wäre am Sonntag Bundestagswahl. Vergleicht man die Wahlabsicht von Menschen unterschiedlicher Einkommensgruppen, wird deutlich, dass die Bereitschaft zu wählen insgesamt rückläufig ist. Am stärksten ist der Rückgang jedoch bei Menschen mit niedrigem Einkommen, sodass der Unterschied zwischen Gering- und Besserverdienenden im Zeitverlauf größer wird (**Tabelle1**).

Tabelle 1: Wahlabsicht nach Einkommensgruppen, 1980-2008

monatliches Haushaltsein- kommen in Euro	1980	1982	1986	1990	1994	1998	2002	2006	2008	Veränderung 1980-2008
-1000	95,4	92,7	90,9	92,8	86,7	85,1	83,0	72,7	79,6	-15,8
1000-1500	96,6	95,4	95,4	95,6	91,7	92,6	88,1	83,0	87,6	-9
1500-2000	95,5	96,1	94,7	98,5	89,6	95,3	91,6	84,4	91,5	-4,0
2000-2500	97	96,1	96	98,5	94,6	95,9	89,5	86,4	94,2	-2,8
2500-3000	100	95,7	93,5	98,3	91	96,1	94,3	88,1	90,9	-9,1
3000+	100	91,9	95,8	96,6	93,8	96,4	96,7	93,4	95,0	-5
Differenz zwischen niedrigstem und höchstem Einkommen	-4,6	0,8	-4,9	-3,8	-7,1	-11,3	-13,7	-20,7	-15,4	

Daten: 2006-2008: ALLBUS 2006 und 2008, eigene Berechnung. 1980-2002: Steinbrecher / Huber / Rattinger (2007): *Turnout in Germany. Citizen Participation in State, Federal, and European Elections since 1979*. Nomos: Baden-Baden, S. 217.

Vor allem Jüngere wählen heute unterdurchschnittlich. Den Daten des Bundeswahlleiters lässt sich entnehmen, dass bei den Wählerinnen und Wählern unter 30 Jahren die Wahlbeteiligung schon bei der Bundestagswahl 2005 unter die 70-Prozent-Marke gesunken war, während sie in den Altersgruppen zwischen 45 und 70 noch über 80 Prozent lag. Doch auch diese Aussage gilt nur im Durchschnitt. Sie verdeckt erhebliche Unterschiede innerhalb einzelner Altersgruppen. Vergleicht man Menschen mit niedriger, mittlerer und hoher Schulbildung unterschiedlichen Alters, fällt ins Auge, dass in allen Altersgruppen höher Gebildete häufiger angeben, zur Wahl gehen zu wollen (**Tabelle 2**). Den größten Einfluss auf die Wahlabsicht hat der Bildungsgrad allerdings bei den Jüngeren. In der jüngsten Altersgruppe liegen mehr als 20 Prozentpunkte zwischen Befragten mit niedriger und hoher Schulbildung.

Tabelle 2: Wahlabsicht nach Altersgruppen und Bildungsgrad

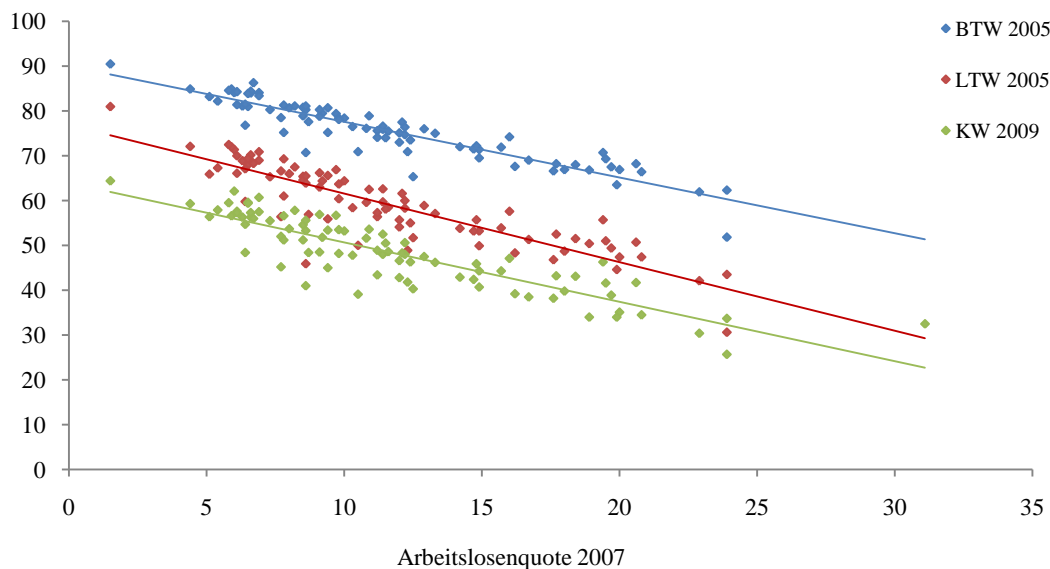
	Altersgruppen					
	18-24	25-30	31-40	41-50	51-60	61-70
kein Schulabschluss oder Hauptschule	71,2	78,8	81,2	87,5	88,1	91,1
mittlere Reife	91,7	89,8	83,2	86,8	90,0	94,5
Fachhochschul- oder Hochschulreife	96,9	96,0	98,8	97,6	94,3	91,6
Differenz zwischen hoher und niedriger Bildung	25,7	17,2	17,6	10,1	6,4	0,5

Daten: ALLBUS 2008, eigene Berechnung.

Geografie der Nichtwahl: große Unterschiede auf engstem Raum

Ein anderer Blick auf die Nichtwahl konzentriert sich nicht auf einzelne Personen, sondern auf Stadtteile in deutschen Großstädten. Auf engstem Raum zeigen sich große Unterschiede in der Wahlbeteiligung. Bei der Bundestagswahl 2009 lagen beispielsweise in Frankfurt 25 Prozentpunkte zwischen dem Stadtteil mit der höchsten und dem mit der niedrigsten Wahlbeteiligung. In Leipzig waren es 33, in Dortmund 35 Prozentpunkte und in Nürnberg sogar 40 Prozentpunkte. Das Ausmaß der Nichtwahl folgt dabei einem klaren Muster: Je ärmer ein Stadtteil, desto niedriger ist die Wahlbeteiligung. Dieses Muster zeigt sich bei allen Wahlarten und in so unterschiedlichen Großstädten wie Dortmund, Dresden, Duisburg, Frankfurt, Hamburg, Köln, Leipzig oder Nürnberg. **Abbildung 1** verdeutlicht am Beispiel Kölns den Zusammenhang zwischen der Arbeitslosenquote eines Stadtteils und der Wahlbeteiligung bei drei Wahlen der vergangenen Jahre.

Abbildung 1: Wahlbeteiligung in Abhängigkeit von der Arbeitslosenquote in 86 Kölner Stadtteilen

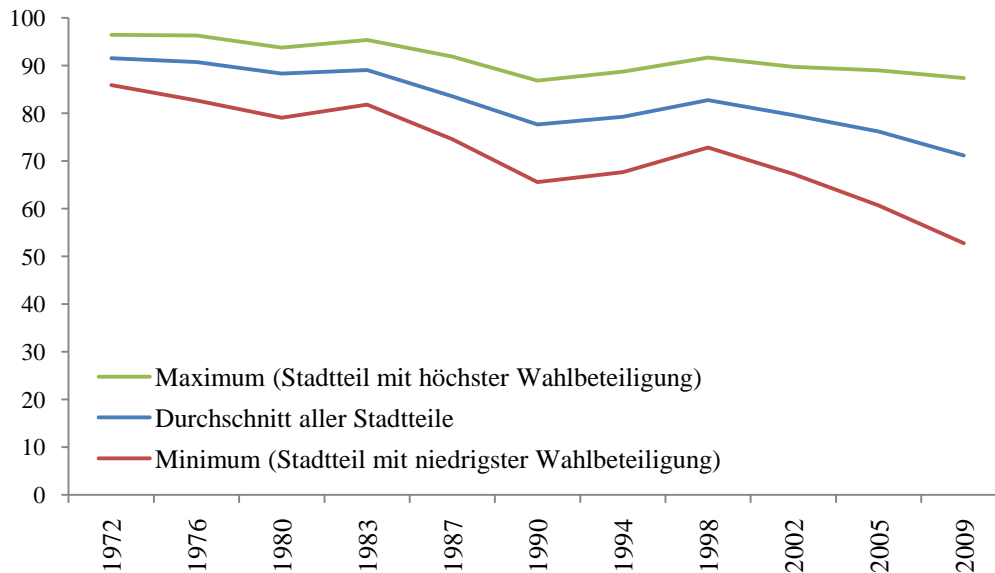


Daten: Amt für Stadtentwicklung und Statistik, Stadt Köln.

Nun ließe sich vermuten, dass dieses Muster schon immer galt und daher nicht beunruhigen muss. Doch ist das nicht der Fall. In **Abbildung 2** wird die Veränderung der Wahlbeteiligung in Bremer Stadtteilen seit der Bundestagswahl 1972 gezeigt. Neben dem Durchschnitt aller Stadtteile werden jeweils die höchste und die niedrigste Wahlbeteiligung bei einer Bundestagswahl dargestellt. Seit Anfang der 1970er-Jahre ist die durchschnittliche Wahlbeteiligung um 20 Prozentpunkte gesunken. Über denselben Zeitraum hat sich der Abstand zwischen den Stadtteilen mit hoher und niedriger Wahlbeteiligung erheblich vergrößert. Lagen

Anfang der 1970er-Jahre 10 Prozentpunkte zwischen ihnen, waren es bei der Bundestagswahl 2009 fast 35 Prozentpunkte. Und wie in anderen Großstädten fällt auch in Bremen die Wahlbeteiligung in armen Stadtteilen besonders niedrig aus.

Abbildung 2: Wahlbeteiligung in Bremer Stadtteilen, 1972-2009



Daten: Statistisches Landesamt Bremen.

Was lässt sich tun?

In Deutschland wächst die soziale und räumliche Kluft bei der Wahlbeteiligung. Der Kern der Demokratie – die gleiche Berücksichtigung aller Interessen – gerät in Gefahr, wenn Teile der Bevölkerung sich kaum etwas von der Politik erhoffen und auf die Wahlteilnahme verzichten. Drei Maßnahmen könnten ergriffen werden, um den Trend sinkender und ungleicher Wahlbeteiligung zu stoppen. Erstens muss die soziale Schieflage der Nichtwahl ernstgenommen werden. Anhaltende Arbeitslosigkeit, soziale Segregation und Armut untergraben die politische Gleichheit. Sie müssen primär bekämpft werden. Zweitens könnte bei den Parteien angesetzt werden. Eine niedrige Wahlbeteiligung müsste sich stärker als bisher auf die staatliche Parteienfinanzierung auswirken, sodass ein Anreiz entsteht, intensiv um Nichtwähler zu werben und deren Anliegen zu beachten. In Kombination mit den ersten beiden Punkten könnte drittens über eine Wahlpflicht nachgedacht werden. Der internationale Vergleich zeigt, dass in Ländern mit Wahlpflicht die Wahlbeteiligung nicht nur höher ausfällt, sondern sich auch gleichmäßiger über alle Bevölkerungsgruppen verteilt. Das ist selbst dann der Fall, wenn die Wahlpflicht nur formal besteht und Nichtwahl nicht zu Sanktionen führt.